

Leserbrief zu
„Knies um Abstimmung im Stadtparlament hält an“
HK vom 19.03.2008

Es ist bedauerlich dies feststellen zu müssen, die Stadtverordnetenvorsteherin Claudia Eschborn (CDU) hat kein politisches Gespür, was sie, in dem sie ihre Aufgabe als Stadtverordneten-vorsteherin der CDU-Faktionsdisziplin unterordnet, an politischem Porzellan zerschlägt. Es geht nicht darum, ob sie formal richtig gehandelt hat, sondern um die Frage, wie man mit den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten zwischen Mehrheitsfraktion und Opposition umgeht.

Entlarvend ist die Stellungnahme des CDU-Fraktionsvorsitzenden Roland Winter. Er war in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gar nicht anwesend, in der seine Fraktionskollegin Katrin Behrens und seine Fraktionskollegen Christian Fischer, Dietmar Gilles, Peter Königshausen und Heinz Messner, nach sachlichen Gesichtspunkten und nach dem die Änderungswünsche der CDU in den Antrag der SPD „Transparenz der Fernwärmekosten/Einleitung eines kartellrechtlichen Verfahrens/Entwicklung von Alternativen zur Energieversorgung“ einge-arbeitet wurden, dem Antrag zustimmten. Offensichtlich passte dieses sachliche Verhalten nicht in die Konfrontationsstrategie der Fraktionsspitze um Roland Winter. In der der Stadtverordnetenversammlung vorausgehenden Fraktionssitzung wurde, in Anwesenheit der Stadtverordnetenvorsteherin, die ursprüngliche Zustimmung zurückgenommen.

Mit der Durchsetzung der Konfrontationsstrategie schadet Roland Winter nicht nur der Sacharbeit in den Ausschüssen und der politischen Kultur. Er brüskiert auch seine Fraktionskollegen und degradiert Stadtverordnete zu reinen Befehlsempfänger der Fraktionsspitze.

Mit einem parlamentarischen Abend kann die Stadtverordnetenvorsteherin nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das Problem ist nicht „die Verbesserung der Kommunikation“, die hat ja im Ausschuss hervorragend funktioniert. Das Problem liegt bei CDU/GRÜNEN, die die einfachen Regeln der Kommunikation verletzen. Vor einem parlamentarischen Abend ist ein Gespräch im Ältestenrat notwendig, um sich über die künftige Form der Parlamentsarbeit zu verständigen.

Günter Pabst